

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz  
(10. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Hans-Michael Goldmann, Dr. Christel  
Happach-Kasan, Dr. Edmund Peter Geisen, weiterer Abgeordneter und  
der Fraktion der FDP  
– Drucksache 16/4185 –**

### **Chancen am Weltmarkt durch marktwirtschaftliche Weiterentwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik und Subventionsabbau nutzen**

#### **A. Problem**

In den letzten 15 Jahren war die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) einem rasanten Wandel unterworfen. Mit der vorerst letzten GAP-Reform in 2003 war ein Paradigmenwechsel verbunden, der zu einer stärkeren Orientierung an den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft und der Nachhaltigkeit führte.

Dieser Kurs der marktwirtschaftlichen Neuausrichtung muss insbesondere unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft unterstützt werden. Eine generelle Überprüfung der GAP erfolgt in 2009 im Rahmen der „Halbzeit-Revision“. Mit der „Halbzeit-Revision“ müssen die Weichen für eine marktwirtschaftliche Erneuerung der GAP ab dem Jahr 2014, z. B. durch Entbürokratisierung und Vereinfachung sowie hinsichtlich eines Ausstiegs aus der Milchmengenregelung, gestellt und die Voraussetzungen für den weiteren Abbau der Agrarsubventionen geschaffen werden. Dazu ist eine degressive Ausgestaltung der Agrarsubventionen ab dem Jahr 2014 sinnvoll und notwendig.

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD,  
DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der  
Fraktion der FDP**

#### **C. Alternativen**

Annahme des Antrags.

#### **D. Kosten**

Kosten wurden nicht erörtert.

## **Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 16/4185 abzulehnen.

Berlin, den 25. Juni 2008

### **Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

**Ulrike Höfken**  
Vorsitzende und  
Berichterstatterin

**Marlene Mortler**  
Berichterstatterin

**Manfred Zöllmer**  
Berichterstatter

**Hans-Michael Goldmann**  
Berichterstatter

**Dr. Kirsten Tackmann**  
Berichterstatterin

## Bericht der Abgeordneten Marlene Mortler, Manfred Zöllmer, Hans-Michael Goldmann, Dr. Kirsten Tackmann und Ulrike Höfken

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 16/4185** in seiner 102. Sitzung am 13. Juni 2007 beraten und an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

In den letzten 15 Jahren war die GAP einem rasanten Wandel unterworfen. Mit der vorerst letzten GAP-Reform in 2003 war ein Paradigmenwechsel verbunden, der zu einer stärkeren Orientierung an den Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft und der Nachhaltigkeit führte. Die zentralen Elemente der Reform sind:

- die Entkoppelung der Direktzahlungen von der Produktion,
- die Bindung der Direktzahlungen an Kriterien des Umwelt- und Tierschutzes sowie des Verbraucherschutzes (cross compliance) und
- die Verwendung eines einbehaltenden Teils der Direktzahlungen für die Entwicklung des ländlichen Raumes (Modulation).

Dieser Kurs der marktwirtschaftlichen Neuausrichtung muss insbesondere unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft unterstützt werden. Eine generelle Überprüfung der GAP erfolgt in 2009 im Rahmen der „Halbzeit-Revision“. Mit der „Halbzeit-Revision“ müssen die Weichen für eine marktwirtschaftliche Erneuerung der GAP ab dem Jahr 2014, z. B. durch Entbürokratisierung und Vereinfachung sowie hinsichtlich eines Ausstiegs aus der Milchmengenregelung, gestellt und die Voraussetzungen für den weiteren Abbau der Agrarsubventionen geschaffen werden. Dazu ist eine degressive Ausgestaltung der Agrarsubventionen ab dem Jahr 2014 sinnvoll und notwendig.

Die EU hat mit diesem agrarpolitischen „Reform-Marathon“ im Bereich der GAP die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Abschluss der laufenden Welthandelsrunde geschaffen. Es wäre nun an der Zeit, dass nicht nur die EU, sondern auch andere WTO-Mitglieder unter den Industriestaaten, insbesondere die USA, und die so genannten Schwellenländer zu Zugeständnissen bereit sind.

Von entscheidender agrarpolitischer Bedeutung ist zudem der Beschluss über die finanzielle Vorausschau 2007 bis 2013, der einen Rahmen für die EU-Haushalte dieser Jahre vorgibt. Bestandteil der Vereinbarung ist eine Revisionsklausel, die eine Überprüfung für 2008/2009 vorsieht. Aus Gründen der politischen Verlässlichkeit und zur Wahrung rechtsstaatlicher Grundsätze („pacta sunt servanda/Verträge müssen eingehalten werden“) müssen sich die Landwirte darauf verlassen können, dass die beschlossenen, zugesagten Direktzahlungen der ersten Säule bis 2013 gesichert sind.

Durch die weiter rasant wachsende Weltbevölkerung und die damit verbundene steigende Nachfrage nach Getreide, Fleisch und Milch sowie Milchprodukten werden die Überschüsse im Agrarsektor nach und nach abgebaut. Diese Entwicklung wird durch eine steigende Flächennutzung zur Erzeugung nachwachsender Rohstoffe wie z. B. zur Herstellung biogener Kraftstoffe verstärkt und beschleunigt. Schließlich resultiert aus den klimatischen Veränderungen ein Verlust landwirtschaftlicher Fläche. Diese Trends haben bereits heute an den internationalen Agrarmärkten zu steigenden Preisen geführt. Diese positive Entwicklung in der Landwirtschaft kann und muss für einen konsequenten Subventionsabbau im Interesse der Steuerzahler genutzt werden. Weitere positive Wachstumstrends liegen in den Potenzialen nachwachsender Rohstoffe, im Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen und in der zunehmenden Bedeutung des ökologischen Landbaus.

Auch hat sich die deutsche Landwirtschaft zu einer „Hightechbranche“ entwickelt, was dazu führt, dass sich die Milchleistungen der Kühe verdreifacht und die Getreiderträge mehr als vervierfacht haben. Die heimische Land- und Ernährungswirtschaft ist eine erfolgreiche und innovative Branche mit immenser Bedeutung für die gesamte Volkswirtschaft Deutschlands.

Die Bundesregierung soll daher im Wesentlichen aufgefordert werden,

- den erfolgreichen Reformkurs zur marktwirtschaftlichen Weiterentwicklung der GAP konsequent fortzuführen und sich für einen erfolgreichen Abschluss der laufenden Welthandelsrunde einzusetzen;
- aus Gründen der politischen Verlässlichkeit und zur Wahrung rechtsstaatlicher Grundsätze die Sicherung der zugesagten Direktzahlungen der ersten Säule bis 2013 zu gewährleisten;
- durch eine konsequente marktwirtschaftliche Weiterentwicklung der GAP, die Voraussetzungen für die heimische Land- und Ernährungswirtschaft zu schaffen, um von den weltweit positiven Trends im Agrarbereich zu profitieren und
- die berechtigten Interessen der innovativen und erfolgreichen Land- und Ernährungswirtschaftsbranche auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene mit dem notwendigen Nachdruck zu vertreten, damit diese Zukunftsbranche ihre vielfältigen Potenziale auch in Deutschland zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen ausschöpfen kann.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat die Vorlage 16/4185 in seiner 67. Sitzung am 25. Juni 2008 beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage 16/4185 in seiner 66. Sitzung am 25. Juni 2008 beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP.

#### **IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss**

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat die Vorlage 16/4185 in seiner 84. Sitzung am 25. Juni 2008 ohne Debatte abschließend beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP, den Antrag abzulehnen.

Berlin, den 25. Juni 2008

**Marlene Mortler**  
Berichterstatlerin

**Manfred Zöllmer**  
Berichterstatter

**Hans-Michael Goldmann**  
Berichterstatter

**Dr. Kirsten Tackmann**  
Berichterstatlerin

**Ulrike Höfken**  
Berichterstatlerin